

BVR Research

Volkswirtschaft **Kompakt**

Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, Konjunktur

Rahmenbedingungen für Gründungen müssen verbessert werden

Executive Summary

Die Zahl der Unternehmensgründungen tendiert in Deutschland bereits seit vielen Jahren nach unten. Dies ist problematisch, da neue Unternehmen ein wichtiger Treiber von Innovationen sind. Sie erhöhen die gesamtwirtschaftliche Produktivität und wirken so dem zu erwartenden weiteren Rückgang des Potenzialwachstums entgegen. Mehr Innovationen sind auch notwendig, um den Transformationsprozess der deutschen Wirtschaft hin zur Klimaneutralität erfolgreich zu gestalten.

Zur aktuellen Gründungsschwäche tragen der demografische Wandel, die hohen wirtschaftlichen Unsicherheiten und die robuste Arbeitsmarktlage bei, die Gründungen gegenüber anderen Beschäftigungsformen unattraktiver macht. Zudem wagen im internationalen Vergleich zu wenige Frauen und junge Menschen den Schritt in die Selbständigkeit. Da diese dämpfenden Faktoren zunächst fortbestehen dürften, zeichnen sich für die nahe Zukunft bestenfalls auf niedrigem Niveau stagnierende Gründungszahlen ab.



Vor diesem Hintergrund ist die Wirtschaftspolitik gefordert, das Umfeld für Unternehmensgründungen spürbar zu verbessern. Ansatzpunkte hierfür liegen unter anderem im allgemeinen Abbau bürokratischer Hemmnisse, in der Vereinfachung und weiteren Digitalisierung von administrativen Anmeldeprozessen und in einer Verbesserung der Wirtschaftsbildung an Schulen. Auch mit einer Stärkung der öffentlichen Infrastruktur, beispielsweise durch eine Verbesserung der Internetverfügbarkeit und der Fernverkehrsinfrastruktur sowie durch einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, kann das Gründungsgeschehen gefördert werden.

Inhalt

Rahmenbedingungen für Gründungen müssen verbessert werden	2
Dr. Gerit Vogt E-Mail: g.vogt@bvr.de	
BVR Inflationsaussichten	7
Dr. Andreas Bley E-Mail: a.bley@bvr.de	
BVR Konjunkturbarometer	8
Dr. Gerit Vogt E-Mail: g.vogt@bvr.de	

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik

Ansprechpartner: Dr. Andreas Bley,

Telefon: (030) 2021-1500

E-Mail: a.bley@bvr.de

Internet: www.bvr.de

Rahmenbedingungen für Gründungen müssen verbessert werden

Neue Unternehmen als Produktivitätstreiber und Transformationsbeschleuniger

Um die beiden derzeit wohl größten gesellschaftlichen Herausforderungen Deutschlands – den Klimawandel und den demografischen Wandel – erfolgreich bewältigen zu können, kommt dem Gründungsgeschehen eine sehr wichtige Rolle zu. Neu gegründete Unternehmen sind ein wichtiger Treiber von Innovationen. Sie fördern die Entstehung neuer Hightech-Branchen und die Verbreitung von Schlüsseltechnologien. Gründungen stärken damit die Produktivität der Wirtschaft und deren internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die Innovationen junger und neu gegründeter Unternehmen erhöhen die sogenannte Totale Faktorproduktivität. Diese wiederum bestimmt zusammen mit dem Einsatz von Arbeit und Kapital das gesamtwirtschaftliche Potenzialwachstum, das die Menge an Gütern und Dienstleistungen misst, die bei Normalauslastung aller verfügbaren Produktionsfaktoren produziert werden kann. Unternehmensgründungen wirken damit dem weiteren Rückgang des Potenzialwachstums entgegen, welches sich für die kommenden Jahre angesichts des demografiebedingt sinkenden Arbeitsangebots und der schwachen Investitionstätigkeit abzeichnet. So rechnen beispielsweise die Fachleute des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) damit, dass das Potenzialwachstum, welches im Durchschnitt der 1970er Jahren noch bei 2,5 % gelegen hatte und in den 2010er Jahren auf 1,4 % gesunken ist, im Mittel der 2020er Jahre auf 0,4 % zurückgehen wird (siehe Nationaler Produktivitätsbericht 2023 des SVR).

Auch für das Gelingen des Transformationsprozesses der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität sind Unternehmensgründungen von großer Relevanz. Um das im Klimaschutzgesetz der Bundesregierung bis 2045 definierte Ziel der vollständigen Treibhausgasneutralität zu erreichen, sind in vielen Bereichen starke Veränderungen erforderlich. Die Elektrifizierung von Prozessketten, die Kreislaufwirtschaft sowie eine wasserstoffbasierte Grundstoffindustrie sind nur einige der erforderlichen Innovationsfelder, die aus der bestehender Unternehmenslandschaft allein kaum generiert werden können. Gebraucht werden neue Unternehmen, die zur Adoption und Verbreitung neuer Technologien beitragen und dadurch einen

Innovationsdruck auf die bestehenden Unternehmen ausüben.

Wenn junge, innovative Unternehmen auf den Markt treten, müssen gleichermaßen ältere, weniger produktive Unternehmen aus dem Markt ausscheiden. Dauerhaft ertragsschwache Unternehmen binden nämlich knappe Ressourcen, die in Wachstumsfeldern dringend benötigt werden. Zwar steigen die Insolvenzzahlen in Deutschland seit ihrem Tiefpunkt im Jahr 2021 wieder an (siehe BVR Volkswirtschaft Kompakt vom 8. Februar 2024). Die Gesamtzahl der Schließungen gewerblicher Unternehmen, die das Ausscheiden von Unternehmen aus dem Markt umfassender abbildet, lag zuletzt aber noch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau (siehe IW-Kurzbericht 84/2023 „Mehr Dynamik in der Unternehmenslandschaft notwendig“).

Niedrige um vom Trend her rückläufige Gründungszahlen

Das Gründungsgeschehen ist hierzulande aber zu schwach, um der Rolle als Produktivitätstreiber und Transformationsbeschleuniger gerecht zu werden. Es nimmt bereits seit vielen Jahren vom Trend her ab (siehe Abbildung 1). Gemäß der Gewerbeanzeigenstatistik des Statistischen Bundesamtes hat sich die Zahl der Anmeldungen von Gewerbe-Neuerrichtungen seit ihrem Mitte der 2000er Jahre erreichten lokalen Höhenpunkt bis Ende der 2010er Jahre um rund ein Drittel vermindert. Sie ist von etwa 824.000 im Jahr 2004 auf knapp 554.000 im Vor-Coronajahr 2019 gesunken. Im stark von der Coronapandemie geprägten Jahr 2020 sanken die Gewerbeanmeldungen dann zunächst weiter auf einen lokalen Tiefstand von rund 547.000. Danach setzte eine moderate Erholung ein, die unter anderem von einer verstärkten Gründungsaktivität im Gesundheitssektor getragen wurde. Es sind zahlreiche Corona-Schnelltestzentren gegründet worden, deren Betrieb zwischenzeitlich jedoch mit nachlassender Nachfrage wieder eingestellt wurde.

Zuletzt, im Jahr 2023, stieg die Zahl der Gewerbeanmeldungen von Neuerrichtungen gegenüber dem Vorjahr zwar leicht um etwa 38.000 auf rund 597.000. Sie liegt damit aber weiterhin deutlich unter den Mitte der 2000er Jahre erfassten Werten. Zudem dürfte die Zahl wegen Erfassungsfehlern der Gewerbeämter verzerrt sein. Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM Bonn) schätzt in seiner Statistik, die neben der amtlichen

Gewerbebeanzeigestatistik auch die Steueranmeldungen der Gründerinnen und Gründer in den Freien Berufen und im der Land- und Forstwirtschaft berücksichtigt, dass die Existenzgründungen 2023 gegenüber dem Vorjahr um rund 10.000 abgenommen haben. Gemäß dieser Statistik wird das Niveau des Vor-Coronajahres 2019 weiterhin unterschritten.

Als weiterer Indikator für das Gründungsgeschehen kann die Anzahl der Selbständigen herangezogen werden, die im Rahmen der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erhoben wird. Die Selbständigenzahl markierte zu Beginn der 2010er Jahre mit gut 4,5 Mio. Menschen einen lokalen Höchstwert und sank dann kontinuierlich auf knapp 3,9 Mio. Menschen im Jahr 2023 (siehe Abbildung 1). Sie lässt sich als weiteren Anhaltspunkt für ein vom Trend her noch immer rückläufiges Gründungsgeschehen interpretieren. Auch dieser Indikator spricht somit für eine aktuelle Gründungsschwäche.

Es gibt aber auch einzelne Indikatoren, die ein günstigeres Bild von den Gründungsaktivitäten vermitteln. Einer dieser Indikatoren ist die sogenannte TEA-Gründungsquote (total early-stage Entrepreneurial Activity). Diese Quote wird im Rahmen des Global Entrepreneurship Monitor (GEM) ermittelt, der auf einer seit 1999 jährlich in rund 50 Staaten durchgeführten, standardisierten Bevölkerungs- und Expertenumfrage basiert und hierzulande vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert wird. Die TEA-Gründungsquote misst den Prozentanteil derjenigen 18 bis 64-Jährigen, die während der letzten 3,5 Jahre ein Unternehmen gegründet haben und/oder gerade dabei sind, ein Unternehmen zu gründen, an allen 18 bis 64-Jährigen.

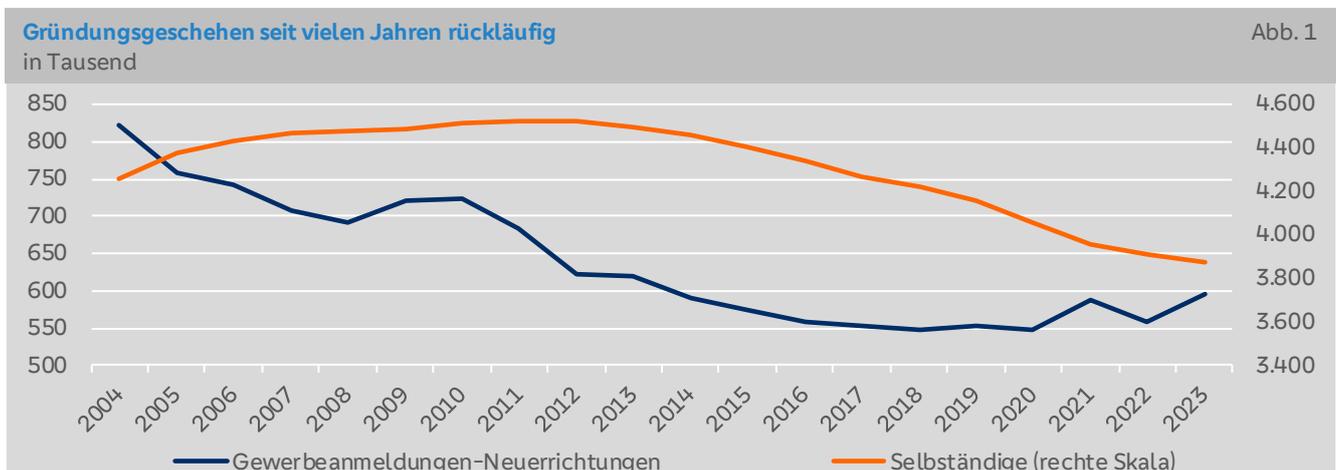
Gemäß dem aktuellen GEM-Länderbericht Deutschland lag die TEA-Gründungsquote im Jahr 2023 bei 7,7 % und markiert damit, nach einem im Vorjahr erreichten Rekordstand, den zweithöchsten Wert seit 1999. Gemessen an dieser Verhältniszahl hat sich die Gründungsneigung in der Bevölkerung in den

vergangenen Jahren erhöht, was aber offensichtlich zu keiner absoluten Steigerung der Gründungsaktivitäten führte. Zudem befindet sich Deutschland trotz der Fortschritte bei der Gründungsneigung im internationalen Vergleich der TEA-Quoten noch im unteren Drittel. Insgesamt bekräftigen die GEM-Daten daher die Einschätzung, dass das Gründungsgeschehen in Deutschland derzeit niedrig ist.

Demografie, Unsicherheiten und Arbeitsmarktlage als dämpfende Faktoren...

Die Ursachen für das hierzulande schwache Gründungsgeschehen sind vielfältig. Ein wichtiger Grund für die vom Trend her rückläufigen Gewerbeanmeldungen ist in der demografischen Entwicklung zu sehen. Üblicherweise werden die meisten Unternehmensgründungen hierzulande im mittleren Lebensalter durchgeführt. Gemäß dem aktuellen GEM-Länderbericht Deutschland hatten die befragten Gründungspersonen im Referenzjahr 2023 ein Durchschnittsalter von 36,9 Jahren, mit Unterschieden zwischen Männern (35,4 Jahre) und Frauen (39,3 Jahre). Auch in den Vorjahren lag das durchschnittliche Lebensalter von Gründerinnen und Gründern zumeist zwischen 35 und 40 Jahren.

Seit der Jahrtausendwende ist die Bevölkerungszahl in dieser Alterskohorte aber vom Trend her deutlich zurückgegangen. So lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2000 noch 8,6 Mio. Menschen mit einem Lebensalter zwischen 35 und 40 Jahren in Deutschland. Diese Zahl war dann nahezu kontinuierlich bis zu einem lokalen Tiefpunkt im Jahr 2013 auf 5,6 Mio. Menschen gesunken. Befördert von mehreren Migrationswellen stieg sie anschließend etwas an. Sie lag nach amtlichen Schätzungen 2023 bei 6,7 Mio. Menschen und damit um gut ein Viertel unter dem Stand des Jahres 2000. Da es weniger Menschen in dem Lebensalter gibt, in dem der Schritt in die Selbständigkeit üblicherweise gewagt wird, gibt es offensichtlich auch weniger Gründungen.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Zu den niedrigen Gründungszahlen der vergangenen Jahre dürften auch die hohen Unsicherheiten über die künftige wirtschaftliche Entwicklung beitragen haben. Diese Unsicherheiten waren während der Hochphase der Coronapandemie enorm gestiegen und sind danach angesichts vieler geopolitischer Konflikte (Stichworte: Krieg in der Ukraine, Nahostkonflikt, Handelskonflikt mit China) und wirtschaftspolitischer Unwägbarkeiten (Stichwort: Streit der Ampel-Parteien um den Bundeshaushalt und die Ausgestaltung von Klimaschutz-Förderprogrammen) kaum zurückgegangen. Grundsätzlich lassen hohe Unsicherheiten die Tragfähigkeit der Geschäftsmodelle von Neugründungen schwerer abschätzen, was ebenfalls dämpfend auf die Gewerbeanmeldungen wirkt.

Ein weiterer, wichtiger Einflussfaktor für das Gründungsgeschehen ist die Arbeitsmarktlage. In der Vergangenheit waren konjunktureller Schwächephasen, wie die aktuelle, häufig von steigenden Gründungszahlen begleitet. So legten die Gewerbeanmeldungen während der Rezession nach dem Platzen der Dotcom-Blase Anfang der 2000er Jahre zu, ebenso wie im stark von den Folgen der globalen Finanzkrise geprägtem Rezessionsjahr 2009. Während dieser Phasen erfolgten viele Gründungen, da Menschen aus betrieblichen Gründen arbeitslos wurden und es an besseren Erwerbsalternativen mangelte. In den vergangenen Jahren war die Arbeitsmarktlage aber durch einen zunehmenden Mangel an Arbeitskräften gekennzeichnet. Der weit verbreitete Arbeitskräftemangel führt tendenziell zu mehr Arbeitsplatzsicherheit und steigenden Löhnen und macht dadurch Gründungen im Vergleich zu anderen Beschäftigungsformen unattraktiver.

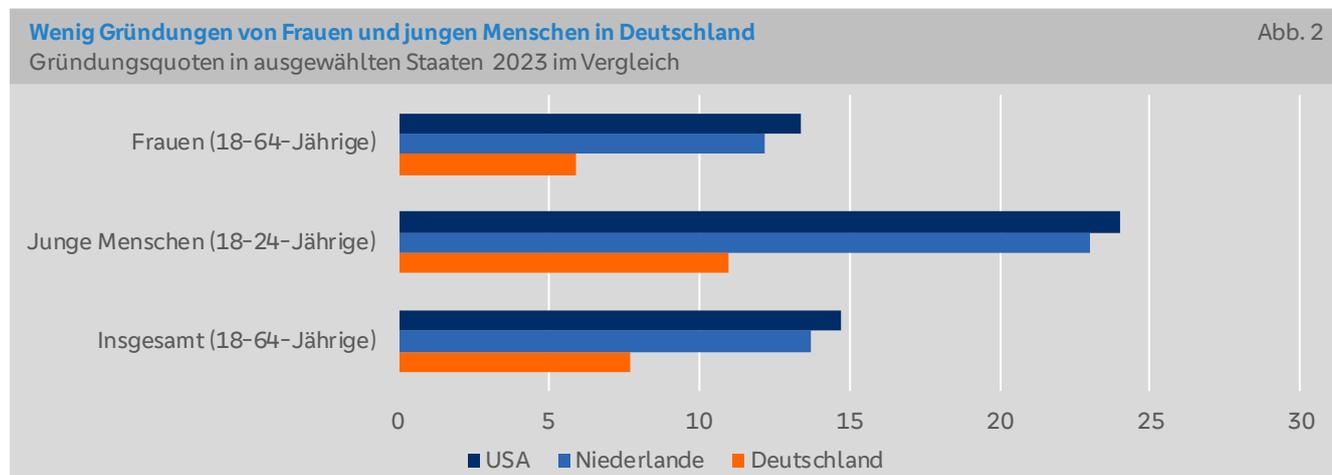
Arbeitslosigkeit scheint als Motiv für Gründungen derzeit nur noch eine untergeordnete Rolle zu spielen. Dies unterstreichen auch die jüngsten Angaben des

KfW-Gründungsmonitors, das auf einer ebenfalls jährlich vorgenommenen, repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland beruht. Demnach nannten 2023 lediglich 3,9 % aller befragten Gründer „Arbeitslosigkeit“ als Hauptgrund für ihre Existenzgründung. Wie bereits in den Vorjahren wurden deutlich häufiger „Unabhängigkeit“ (42,5 %), „Höheres Einkommen / Lebensunterhalt“ (32,7 %) und „Geschäftsidee“ (8,0 %) als Hauptmotive für die individuelle Gründungsentscheidung genannt.

... ebenso wie schwache Gründungsneigung von Frauen und jungen Menschen

Wichtige Aspekte zur Erklärung der im internationalen Vergleich geringen Gründungsaktivitäten in Deutschland sind, dass zu wenig Frauen und junge Menschen den Schritt in die Selbständigkeit wagen. Zwar sind die Gründungsquoten von Frauen und jungen Menschen in den letzten Jahren vom Trend her gestiegen. Im Vergleich zu anderen Staaten besteht aber noch immer ein großes Aufholpotenzial (siehe Abbildung 2).

So lag die für Deutschland ermittelte TEA-Gründungsquote von Frauen im gesamten Erhebungszeitraum des GEM unterhalb der von Männern. Im Jahr 2023 unterschritt die TEA-Gründungsquote der Frauen mit 5,9 % jene der Männer um 3,4 Prozentpunkte. Damit lag die Gründungsquote der Frauen hierzulande deutlich unter den entsprechenden Quoten, die für gut vergleichbare Staaten wie die USA und die Niederlande berechnet wurden. In diesen Staaten war die TEA-Gründungsquote der Frauen 2023 mit 13,4 und 12,2 % gut doppelt so hoch wie in Deutschland. Der Gendergap, also die Differenz zwischen den Gründungsquoten von Männern und Frauen, fiel in den USA und in den Niederlanden mit 2,6 und 3,0 Prozentpunkten hingegen etwas niedriger aus als in Deutschland.



Gezeigt werden die sogenannten TEA-Gründungsquoten: Prozentanteile derjenigen Menschen, die während der letzten 3,5 Jahre ein Unternehmen gegründet haben und/oder gerade dabei sind, ein Unternehmen zu gründen, an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Kategorie.

Quelle: GEM-Länderbericht Deutschland und GEM Global Report 2023/24

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Hinblick auf die Gründungsneigung junger Menschen. Die TEA-Quote der jüngsten im GEM untersuchten Altersgruppe (18- bis 24-Jährige) lag 2023 in Deutschland mit 11,0 % zwar über der TEA-Quote, die sich hierzulande für alle Altersgruppen (18 bis 64-Jährige) ergab (die bereits erwähnten 7,7 %). Im Vergleich zu den Niederlanden und den USA war die Gründungsquote aber relativ niedrig. Hier lagen die entsprechenden Quoten bei fast 25 % und damit um etwa 10 Prozentpunkten über den für alle Altersgruppen ermittelten Gesamtquoten.

Gründungsschwäche dürfte in naher Zukunft andauern

Wie entwickelt sich das Gründungsgeschehen weiter? Um eine Einschätzung hierzu treffen zu können, werden zunächst nochmals die zuvor genannten Einflussfaktoren betrachtet:

- **Demografie:** Gemäß der amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung könnte die Zahl der Menschen im Lebensalter, in dem Gründungen bislang besonders häufig erfolgen, perspektivisch weiter abnehmen. Die Zahl der 35 bis 40-Jährigen wird gemäß der Variante 1 der 15. Koordinierten Vorausberechnung im weiteren Verlauf der 2020er Jahre zunächst bei knapp 7 Mio. Menschen verharren und dann zurückgehen, sodass sie Ende der 2030er Jahre erneut unter die Marke von 6 Mio. fällt. In dieser Variante wird eine moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und Lebenserwartung bei niedrigem Wanderungssaldo unterstellt.
- **Wirtschaftliche Unsicherheiten:** Der BVR rechnet im Hauptszenario seiner aktuellen Konjunkturprognose damit, dass die Unsicherheiten nur langsam nachlassen werden. Im Rahmen dieses Szenarios wird unter anderem unterstellt, dass der Nahostkonflikt nicht weiter eskaliert und es in den Beziehungen mit wichtigen Außenhandelspartnern zu keinen Verwerfungen kommt.
- **Arbeitsmarkt:** Hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation wird im Konjunktur-Hauptszenario mit einem weiterhin hohen Fachkräftemangel und keinem gravierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet.
- **Gründungsquoten von Frauen und jungen Menschen:** Hier könnten sich die steigenden Trends zwar fortsetzen. Allerdings gibt es derzeit keine Anzeichen für bevorstehende große Sprünge in diesem Bereich.

Vor diesem Hintergrund scheint eine baldige Trendwende im Gründungsgeschehen wenig wahrscheinlich. Die Zahl der Gründungen dürfte in naher Zukunft bestenfalls auf niedrigem Niveau stagnieren.

Hierfür sprechen auch die jüngsten, möglicherweise noch immer verzerrten, Zahlen der Gewerbebeanzeigestatistik. Demnach sank die Zahl der Gewerbeanmeldungen zur Neuerrichtung im 1. Halbjahr 2024 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,0 % auf rund 312.000.

Rahmenbedingungen müssen verbessert werden

Sollte das Gründungsgeschehen dauerhaft auf dem derzeitigen niedrigen Niveau verharren, würde die Volkswirtschaft in Hinblick auf Innovationen und deren Verbreitung hinter ihren Möglichkeiten bleiben. Das Potenzialwachstum würde geringer ausfallen als es könnte und das Ziel der Klimaneutralität wäre nur schwer zu erreichen. Daher muss die Wirtschaftspolitik mehr unternehmen, um die Rahmenbedingungen für Gründungen spürbar zu verbessern. Einige Ansatzpunkte für eine generelle Verbesserungen des Gründungsumfelds sind:

- **Allgemeiner Abbau bürokratischer Hemmnisse bei Existenzgründungen:** Für zahlreiche Gründungswillige würde die Reduzierung von Dokumentations- und Berichtspflichten von Gründungsunternehmen die Bereitschaft zum Gang in die unternehmerische Selbständigkeit erhöhen.
- **Vereinfachung und weiteren Digitalisierung von administrativen Anmeldeprozessen:** Hier sind deutlich mehr Anstrengungen erforderlich, unter anderem um das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel zu erreichen, Unternehmensgründungen durch digitale Antragstellung innerhalb von 24 Stunden durchführen zu können. In anderen Staaten, wie beispielsweise in Estland und in Dänemark ist dies bereits möglich.
- **Verbesserung der öffentlichen Daten- und Verkehrsinfrastruktur:** Defizite gibt es beispielsweise in Hinblick auf die Internetverfügbarkeit und die Fernverkehrsinfrastruktur. Dass diese Defizite das Gründungsgeschehen vermindern, legen zumindest die Ergebnisse einer 2022 veröffentlichten IfM-Studie nahe („Das Gründungsgeschehen in den Kreisen und kreisfreien Städten: Was zeichnet erfolgreiche Gründungsökosysteme aus?“). Demnach ist die Gründungsneigung der Bevölkerung in Regionen mit guter Internetverfügbarkeit und guter Fernverkehrsinfrastruktur generell höher als in Regionen mit schlechterer Infrastruktur in diesen Bereichen.
- **Einführung einer allgemeinen Altersvorsorgepflicht für Selbstständige und Freiberufler:** Über die institutionelle

Ausgestaltung der finanziellen Absicherung im Alter herrscht weiterhin viel Unsicherheit. Für einige Gründerinnen und Gründer besteht bereits eine Versicherungspflicht, wenn sie einer bestimmten Berufsgruppe wie Handwerker, Hebammen und Kunstschaffende angehören, für andere nicht. Die Altersvorsorgepflicht ist von der Bundesregierung zwar im Koalitionsvertrag geplant, aber noch nicht umgesetzt. Bei ihrer Einführung sind die Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher Rentenversicherung und privater Vorsorge sowie Sonderregelungen für die Gründungsphase sicherzustellen. Auch muss die staatlich geförderte private Altersvorsorge, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, für alle Erwerbstätigen und damit auch für Gründerinnen und Gründer geöffnet werden.

Ferner sollten einige Maßnahmen ergriffen werden, um speziell die Gründungsbereitschaft von jungen Menschen und von Frauen zu erhöhen:

- Ein Ansatzpunkt zur Steigerung der Gründungsneigung junger Menschen liegt in einer Verbesserung der Wirtschaftsbildung. Noch immer wissen Schülerinnen und Schüler vielfach zu wenig über die Soziale Marktwirtschaft und ihre Prinzipien sowie die zentrale Rolle risikobereiter Unternehmerinnen und Unternehmer. Hier sollten Bund und Länder noch wirksamere Maßnahmen ergreifen, um jungen Menschen unternehmerisches Denken und ökonomisches Verständnis zu vermitteln. Unterstützende Informationen und Materialien zu Wirtschaftsthemen für junge Menschen bietet das SchulsERVICEportal der Volksbanken und Raiffeisenbanken Jugend und Finanzen (www.jugend-und-finanzen.de).
- Die Gründungsbereitschaft von Frauen könnte durch gezielte Impulse unterstützt werden, beispielsweise durch spezielle Fördermöglichkeiten für Gründerinnen sowie den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit des beruflichen und familiären Lebens. Hilfreiche Informationen für alle Gründungswillige zu den einzelnen Schritten im Gründungsprozess sind auf der Webseite der bundesweiten Gründerplattform (www.gruenderplattform.de) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zusammengestellt, an der sich auch die Volksbanken und Raiffeisenbanken beteiligen.

BVR Inflationsaussichten

Inflationsdruck bleibt moderat

Die BVR Inflationsaussichten zeigen im September mit 43 Punkten einen weiterhin gemäßigten Inflationsdruck an. Der Indikator liegt weiterhin unter der neutralen Marke von 50 Punkten. Damit spricht er für einen im Trend abnehmende Inflationsdruck in Richtung einer Teuerungsrate von 2 %, dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB).

Konjunktur bleibt schwach

Der Teilindikator für die Konjunktur des Euroraums zeigt mit 39 Punkten, dass die Konjunktur unverändert angeschlagen bleibt. Im Zuge des Zinserhöhungszyklus hatte sich die Konjunktur nicht nur in Deutschland, sondern auch im Euroraum insgesamt deutlich abgeschwächt. In den vergangenen Monaten hat sich der Indikator allerdings leicht verbessert. Die aktuellen Werte sind allerdings revisionsanfällig, da für viele Indikatoren die Indikatorentwicklung durch Prognosen abgeschätzt werden muss. Der Konjunkturindikator berücksichtigt das Wirtschaftsklima, die Industrieproduktion und die Auftragseingänge sowie die Kapazitätsauslastung.

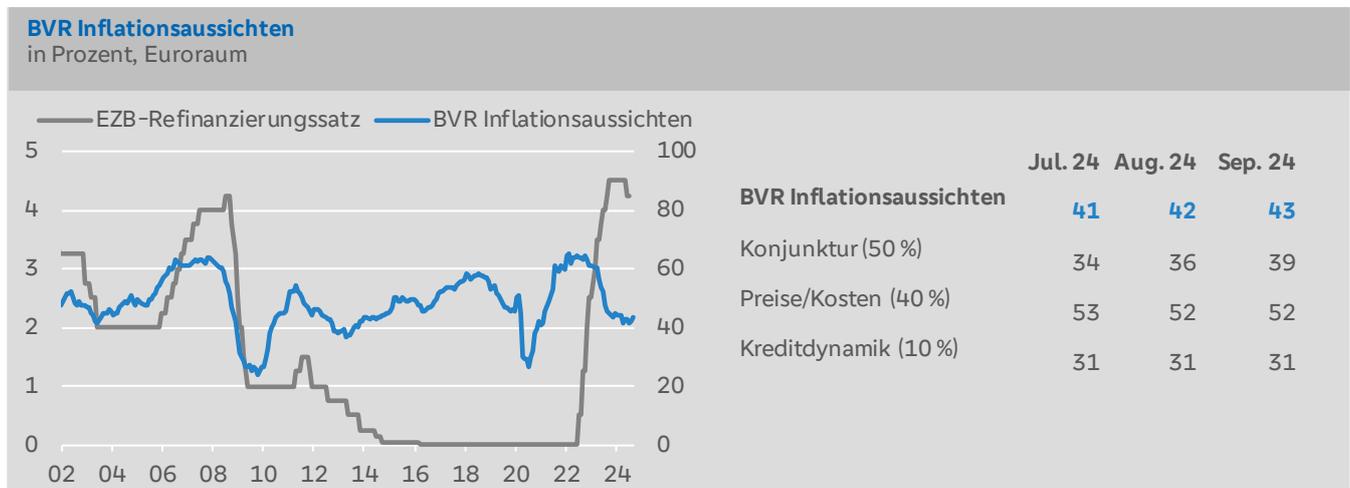
Preis- und Kostendruck normalisiert sich

Der Indikator für den Preis- und Kostendruck liegt im September bei 52 Punkten. Damit befindet er sich nahe der neutralen Marke von 50 Punkten. Gegenüber dem August hat sich der Preis- und Kostenindikator nicht verändert. Nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine war der Indikator in der Spitze bis auf 74 Punkte im Oktober 2022 gestiegen und

hat sich seitdem schrittweise wieder abgeschwächt. Der Indikator berücksichtigt die Entwicklung der Lohnstückkosten, des handelsgewichteten Wechselkurses und der Rohstoffpreise. Zur Verringerung des Index haben vor allem der Rückgang der Rohstoffpreise und die moderate Aufwertung des Euro beigetragen, während das hohe Wachstum der Lohnstückkosten immer noch hoch ausfällt.

Kreditwachstum sehr niedrig

Der Indikator für die Kreditdynamik liegt im September mit 31 Punkten auf einem sehr niedrigen Niveau und bleibt im Vergleich zum August unverändert. Die schwache Kreditvergabe ist eine Auswirkung der geldpolitischen Straffung zur Bekämpfung der Inflation. Das Kreditwachstum hatte im September 2023 einen Tiefpunkt erreicht und sich seitdem nur langsam erholt. Ende Juli lag die um Sondereffekte bereinigte Wachstumsrate bei 1,3 % nach 1,1 % im Juni. Auswirkungen der geldpolitischen Lockerung – die EZB hat im Juni erstmals ihre Leitzinsen gesenkt und dürfte am kommenden Donnerstag, dem 12. September, erneut die Zinsen verringern – dürften sich frühestens im kommenden Jahr merklich auf das Wachstum der Kreditbestände auswirken.



Die BVR Inflationsaussichten sind ein Indikator für die mittelfristige Inflationsentwicklung im Euroraum mit Werten zwischen null und 100. Der Indikatorwert von 50 ist mit dem Erreichen des impliziten Inflationsziels der EZB von 2 % verbunden. Geringere (höhere) Werte signalisieren eine geringere (höhere) mittelfristige Inflationstendenz. Die Konjunkturkomponente enthält die Industrieproduktion, den Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe, das Wirtschaftsklima und die Kapazitätsauslastung im Euroraum. Die Komponente für Preise/Kosten beinhaltet den HWWI-Energiepreisindex, die Lohnstückkosten und den handelsgewichteten Euro-Wechselkurs. Die Kreditdynamik wird anhand der Jahreswachstumsrate der Kredite an Unternehmen und Privathaushalte gemessen.

Quellen: BVR, Refinitiv Datastream

BVR Konjunkturbarometer

Barometer verharrt bei 55 Punkten

Die seit Langem erhoffte gesamtwirtschaftliche Erholung in Deutschland verschiebt sich weiter in die Zukunft. Das BVR Konjunkturbarometer tendiert bereits seit über einem Jahr seitwärts, zwischen 45 und 64 Punkten. Es dürfte im September mit 55 Punkten noch immer im mittleren Bereich liegen, der weder auf eine große Expansion noch auf eine deutliche Kontraktion des Bruttoinlandsprodukts (BIP) schließen lässt.

Das preis-, kalender- und saisonbereinigte BIP Deutschlands hat zuletzt, im 2. Quartal, auf seinem Vorjahresquartalswert stagniert. Die Entwicklung des BVR Konjunkturbarometers und dessen Niveau legt nahe, dass sich die hartnäckige Stagnationsphase auch im zu Ende gehenden 3. Quartal fortsetzen wird.

Stimmungsindikatoren im Sinkflug

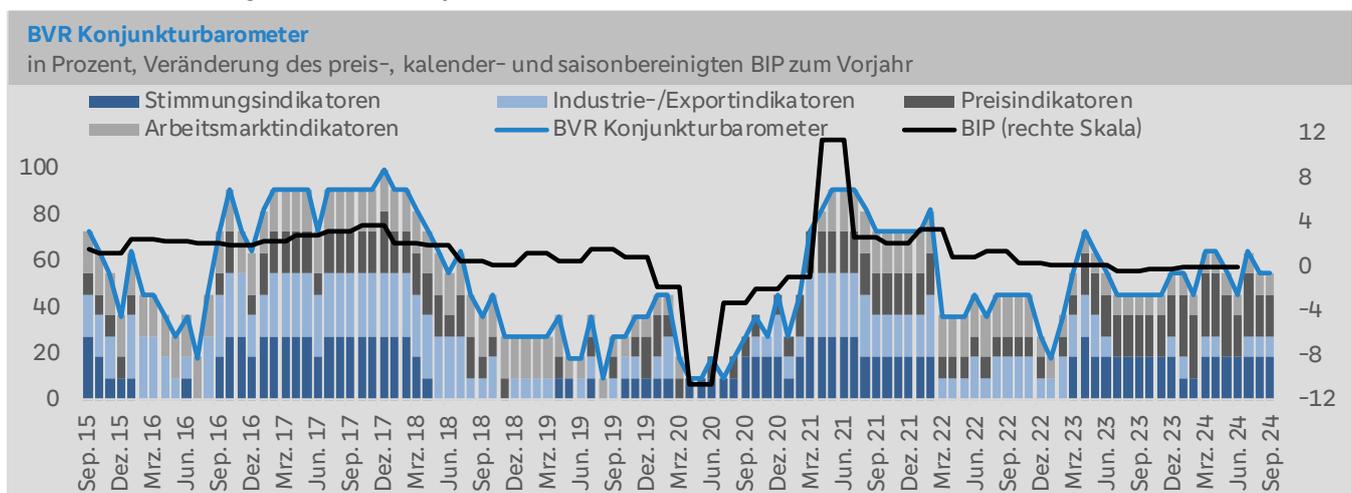
Vor dem Hintergrund der Börsenturbulenzen, der drohenden Eskalation des Nahostkonflikts und einiger schwach ausgefallenen Wirtschaftsdaten sind der ifo Geschäftsklimaindex und ZEW-Konjunkturerwartungen im August eingebrochen. Maßgeblich für den nunmehr dritten Rückgang des Geschäftsklimaindexes in Folge war die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor, die sich angesichts der hohen Unsicherheiten und der rückläufigen Auftragsbestände weiter eintrübte. Leicht optimistisch stimmt aber, dass sich das Geschäftsklima im Handel etwas aufhellte. Zusammen mit dem im August nur wenig gesunkenen Verbrauchervertrauen nährt dies die Hoffnung auf eine allmähliche Belebung der Konsumkonjunktur.

Trotz der Rückgänge im August befinden sich die ZEW-Konjunkturerwartungen und das Verbrauchervertrauen aber noch über ihren Vorjahresmonatswerten, sodass von der Stimmungskomponente nach wie vor eine moderate Steigerungswirkung auf das BVR Konjunkturbarometer ausgeht.

Uneinheitliche Industrie-/Exportindikatoren

Die jüngsten Daten zur Industriekonjunktur und zum Außenhandel der deutschen Wirtschaft fielen gemischt aus. Die Industrieproduktion sank im Juli gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um deutliche 3,2. Der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes und die Warenausfuhren Deutschlands scheinen sich aber zu stabilisieren.

So legten die Neuaufträge im Juli um spürbare 2,9 % zu, befördert durch Großaufträge des Sonstigen Fahrzeugbaus. Die Aufträge haben damit erstmals seit Ende 2023 wieder ihren Vorjahresmonatswert übertroffen, sodass auch von der Komponente der Industrie-/Exportindikatoren eine gewissen Steigerungswirkung auf das BVR Konjunkturbarometer ausgeht. Angesichts der Eintrübung wichtiger Stimmungsindikatoren zeichnet sich für die kommenden Monate aber noch keine durchgreifende Belebung der Industriekonjunktur ab.



Das BVR Konjunkturbarometer ist ein Indikator für die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands und kann Werte zwischen null und 100 annehmen. Es verdichtet die Signale von 3 Stimmungsindekatoren (ifo Geschäftsklima, ZEW-Konjunkturerwartungen, Verbrauchervertrauen), 3 Industrie-/Exportindikatoren (Industrie-Auftragseingang, Industrieproduktion, Ausfuhren), 3 Preisindikatoren (DAX, Geldmarktzins, Rohölpreis) und 2 Arbeitsmarktindikatoren (Erwerbstätige, Offene Stellen). Als Diffusionsindex misst das BVR Konjunkturbarometer den prozentualen Anteil der Indikatoren an allen 11 einbezogenen Indikatoren, die gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen sind. Liegen für einen Indikator aktuell noch keine Werte vor, wird das Signal des Vormonats verwendet.

Quelle: BVR, Refinitiv Datastream